

Bessere Bildung für Waldkirchen – Waldkirchen braucht endlich einen Schulentwicklungsplan

In einem afrikanischen Sprichwort heißt es: Für die Erziehung eines Kindes bedarf es eines ganzen Dorfes. In diesem Sinn ist es die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, für eine gute Bildung unserer Kinder zu sorgen. Eine besondere Verantwortung hat dabei die Politik auf allen politischen Ebenen.

Bildungspolitik hat im Waldkirchener Stadtrat leider nur eine geringfügige Bedeutung. Dies zeigte sich sehr deutlich bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Konzeptionslos wurde der Neubau einer separaten Förderschule in Waldkirchen beschlossen. Es besteht die große Gefahr, dass hierdurch in Zukunft die Ausgrenzung von Kindern zementiert wird. Dies wäre ein gravierender Verstoß gegen die internationale Vereinbarung zur Inklusion, die auch Deutschland 2009 unterzeichnet hat.

Mit den PISA-Studien wurde deutlich, dass eine große Zahl von Schülern in deutschen (auch bayerischen) Schulen die Mindeststandards nicht erreichen, die für einen erfolgreichen beruflichen Werdegang Voraussetzung sind. Besonders bewegt hat die Nation bis heute, dass die Bildungschancen von Kindern von ihrer sozialen Herkunft abhängig sind. Gerade bei der Bildungsgerechtigkeit gehört Bayern zu den Schlusslichtern in Deutschland.

In allen Ländern der Bundesrepublik hat es seither Anstrengungen gegeben, bessere und fairere Bildung zu gewährleisten, die auch den Rückgang der Bevölkerung einbeziehen.

Die SPD Waldkirchen setzt sich daher dafür ein, dass die notwendigen Qualitätsverbesserungen auch in Waldkirchen vorangetrieben werden. Dies ist neben anderen Akteuren (Schulen, Kultusministerium) auch eine vordringliche Aufgabe des Stadtrates.



Frühkindliche Bildung

Der Kita-Ausbau wurde in Waldkirchen gut vorangetrieben. Wir werden uns als SPD dafür einsetzen, dass die Anstrengungen fortgesetzt werden, bis jedem Kind ein Platz zur Verfügung steht. Auch Kinder mit besonderem sonderpädagogischen Förderungsbedarf müssen dort ganz selbstverständlich ihren Platz finden. Das dazu notwendige pädagogische Personal muss eingefordert werden.

Die Betreuungsqualität muss dabei bayernweit gesteigert werden, indem man den Erzieherberuf durch höheres Entgelt und bessere Ausbildung attraktiver macht, damit mehr diese Ausbildung ergreifen. Der Stadtrat muss im Verbund mit anderen Kommunen diese notwendigen Voraussetzungen bei den Verantwortlichen der Landespolitik mit Nachdruck einfordern.

Schule

Als SPD liegt uns der Erhalt der örtlichen Schulen stark am Herzen. Wir werden darauf drängen, dass die Schulen die sächlichen und personellen Voraussetzungen erhalten, innovative Konzepte, wie individuelle Förderung, ganztägiger Unterricht und gemeinsame Beschulung von Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf weiter entwickeln zu können, um den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu steigern. Die Mindestanforderungen in allen Fächern müssen von allen Schülerinnen und Schülern erreicht werden. Niemand darf zurück bleiben.

Ganztag: Unser Ziel ist es, dass in allen Schularten jedem Kind ein offener oder gebundener **Ganztagsschulplatz (siehe Grafik)** zur Verfügung steht. Über die Entscheidung, ob offener oder gebundener Ganztag angeboten wird, müssen zukünftig die betroffenen Schüler und Eltern mitbestimmen können. Hausaufgabendruck in den Familien könnte in Schulen mit Ganztag weitgehend abgebaut werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie würde auch nach dem Kindergartenbesuch weiterhin möglich sein.

Inklusion: Zur konsequenten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention müssen alle Schul- und Ausbildungsangebote mit Sonder- und Heilpädagogen den Erfordernissen entsprechend gestärkt werden. Dabei gilt für den schulischen Bereich grundsätzlich ein zwei Lehrerprinzip für den überwiegenden Teil der Unterrichtsstunden. So könnten alle Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf gemeinsam an den Regelschulen optimal gefördert werden. Bayern gehört zu den Schlusslichtern bei der **inklusiven Beschulung in Deutschland (siehe Statistik-Tabelle)**. Dies muss sich ändern.

Mit dem Beschluss der bayerischen Landesregierung, entgegen ihrem Wahlversprechen Lehrerstellen zu streichen, geraten der Ausbau und die Qualität eines gemeinsamen Unterrichts in Gefahr. Die SPD wird sich im neuen Stadtrat zusammen mit der Landtagsfraktion vehement gegen diese Kürzungen wehren und den Wahlbetrug öffentlich anprangern.

Auch in Waldkirchen müssen die Anstrengungen für einen inklusiven Unterricht deutlich verstärkt werden. Insbesondere wegen des Neubaus einer separaten Förderschule in Waldkirchen muss dringend in einem Schul-Entwicklungsplan festgelegt werden, wie ein gemeinsamer Unterricht ermöglicht und entwickelt werden soll und ein Ausschluss von Kindern im gemeinsamen Unterricht verhindert wird.

Alle Schulformen – auch das Gymnasium - müssen sich an der Verwirklichung der Inklusion beteiligen.

Wir werden uns für eine inklusive Schulplanung stark machen.

Ausbildung

Der Fachkräftemangel und die Landflucht stellen uns im ländlichen Niederbayern vor große Herausforderungen. Um diesen zu begegnen brauchen wir ein flächendeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen. So kann die Jugend in ihrer Heimat gehalten werden. Hierfür muss der Bezirk Berufs- und Berufsfachschulen noch stärker fördern und die Zusammenarbeit mit den Betrieben, Innungen und Kammern intensivieren, damit der schulische Teil der Ausbildung auch wohnortnah durchgeführt werden kann.

Eine Generalsanierung unseres staatlichen Berufsbildungszentrums muss zu einer dauerhaften Standortsicherung in Waldkirchen beitragen.

Kulturelle Bildung

Jedem Kind soll es möglich sein, ein Instrument zu erlernen oder seine künstlerischen Talente zu entwickeln. Dafür muss ein Ausbau der Musikschule gefördert und eine engere Zusammenarbeit zwischen Musikschule, Schule und außerschulischen Trägern ermöglicht werden. Die SPD Waldkirchen wird sich im Stadtrat dafür stark machen.



Transparenz sieht anders aus

Für Entwicklungspläne ist es unabdingbar, dass zunächst der Ist-Zustand festgestellt wird. Dies verhindert aber das bayerische Schulministerium durch seine Anweisung, keine Daten zum praktizierten inklusiven Unterricht öffentlich zu machen. Mit anderen Worten: die betroffene Bevölkerung darf nicht wissen, was in ihren Schulen passiert. Diese Praxis nach Gutsherrenart ist höchst undemokratisch und so nicht hinnehmbar. Die SPD wird sich im neuen Stadtrat für eine transparente Datenpraxis einsetzen, die für eine seriöse Bildungsplanung unabdingbar ist.

Wie auf den demografischen Wandel reagieren?

Auf Landesebene will die SPD ein wohnortnahes volles Bildungsangebot anstreben, was in Anbetracht der **demografischen Entwicklung (siehe Statistik-Tabelle)** nur über die Gemeinschaftsschule auf Dauer möglich ist. Dieser Weg wird mittlerweile in allen Ländern außer Bayern beschritten. Damit würden wir den „Übertrittsdruck“ aus der Grundschule heraus nehmen und mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen, um den hohen Zusammenhang zwischen Bildungsschicht und Schulformwahl endlich zu beenden. Kürzere Schulwege und weniger Schülertransporte würden damit einhergehen. **Der Rückgang der Schülerzahlen verschärft sich insbesondere im Bereich der Mittelschulen (siehe Grafik)**, weil auch in Bayern immer weniger Eltern sich für die Mittelschule entscheiden. Es wird zukünftig immer schwerer sein, diese Schulstandorte zu erhalten.

Die bayerische Landesregierung verhindert aus ideologischen Gründen, dass Kommunen durch Gründung von Gemeinschaftsschulen diese Problematik angehen können.

Auch in Waldkirchen muss sich der Stadtrat endlich mit den demografischen Folgeproblemen im Bildungsbereich befassen.

Der neue Stadtrat muss endlich diese bildungspolitischen Zukunftsaufgaben auf die Tagesordnung setzen und einen zukunftstauglichen Schulentwicklungsplan aufstellen.

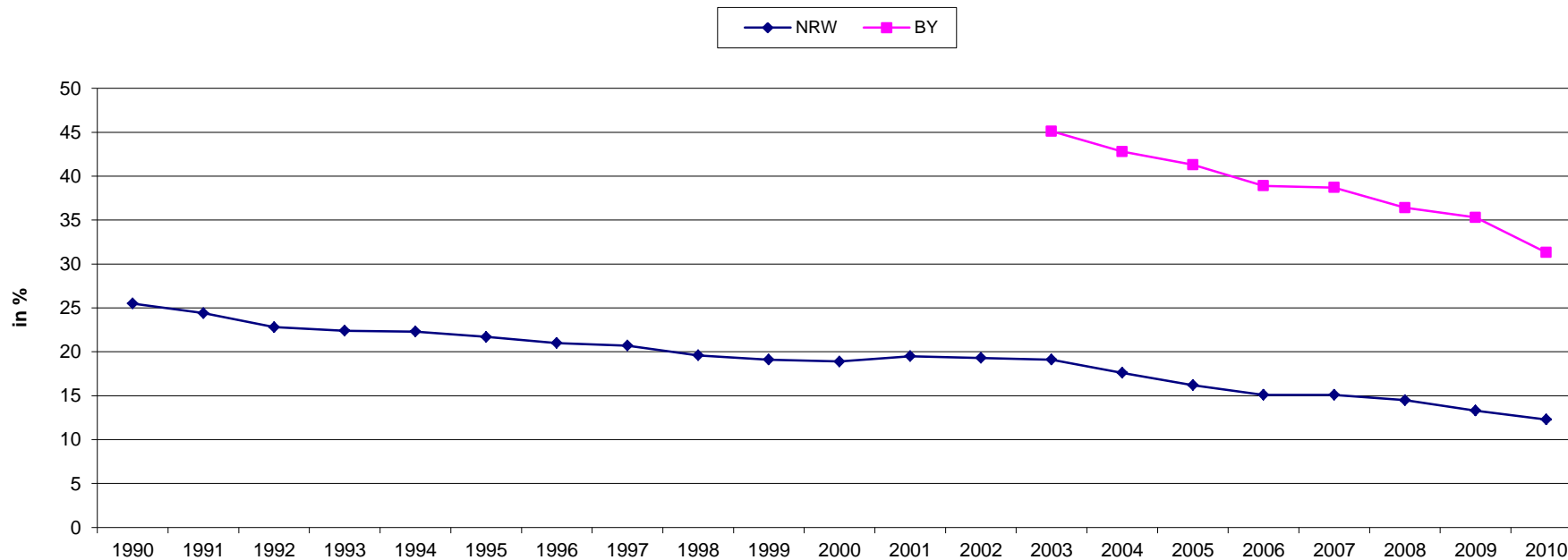
Schulentwicklungsplanung muss selbstverständlich als Kern kommunaler Zuständigkeiten angesehen werden, um eine kommunale Gesellschaft zukunftsfähig zu entwickeln.

Statistiken

Die folgenden statistischen Auswertungen zur demographischen Entwicklung und zum Ausbaustand der Inklusion und einer ganztäglichen Beschulung machen deutlich, dass wir im ländlichen Raum vor großen Herausforderungen stehen, die endlich angepackt werden müssen:

Rückgang der Hauptschülerzahlen

Rückgang der Hauptschüler NRW-Bayern



Quelle: Statistische Landesämter in NRW und Bayern

Die Grafik zeigt deutlich, dass die Übertritte an die Mittelschule in Bayern mit rasanten Schritten abnehmen. Dieser Trend hat in Bayern z.B. gegenüber NRW mit einer zeitlichen Verzögerung eingesetzt, entwickelt sich aber mit größerer Dynamik.

Schülerzahl 1. Jahrgangsstufe im Landkreis FRG

	Schüler	Rückgang zu 2002/03 in %
2002/03	1018	
2003/04	918	-9,8
2006/07	846	-16,9
2011/12	605	-41,6

Quelle: Schulamt des Landkreises Freyung-Grafenau

Seit dem Schuljahr 2002/03 wurden im Landkreis FRG in den letzten 10 Jahren ca. 40% weniger Schüler eingeschult. Dieser Schülerrückgang wird sich in den nächsten Jahren noch deutlich fortsetzen, wenn es uns nicht gelingt für junge Familien ein attraktives Wohnumfeld bereit zu stellen. Hierzu gehört auch eine intakte Schulinfrastruktur, die den Bedürfnissen der Familien gerecht wird.

Inklusionsanteile im Ländervergleich

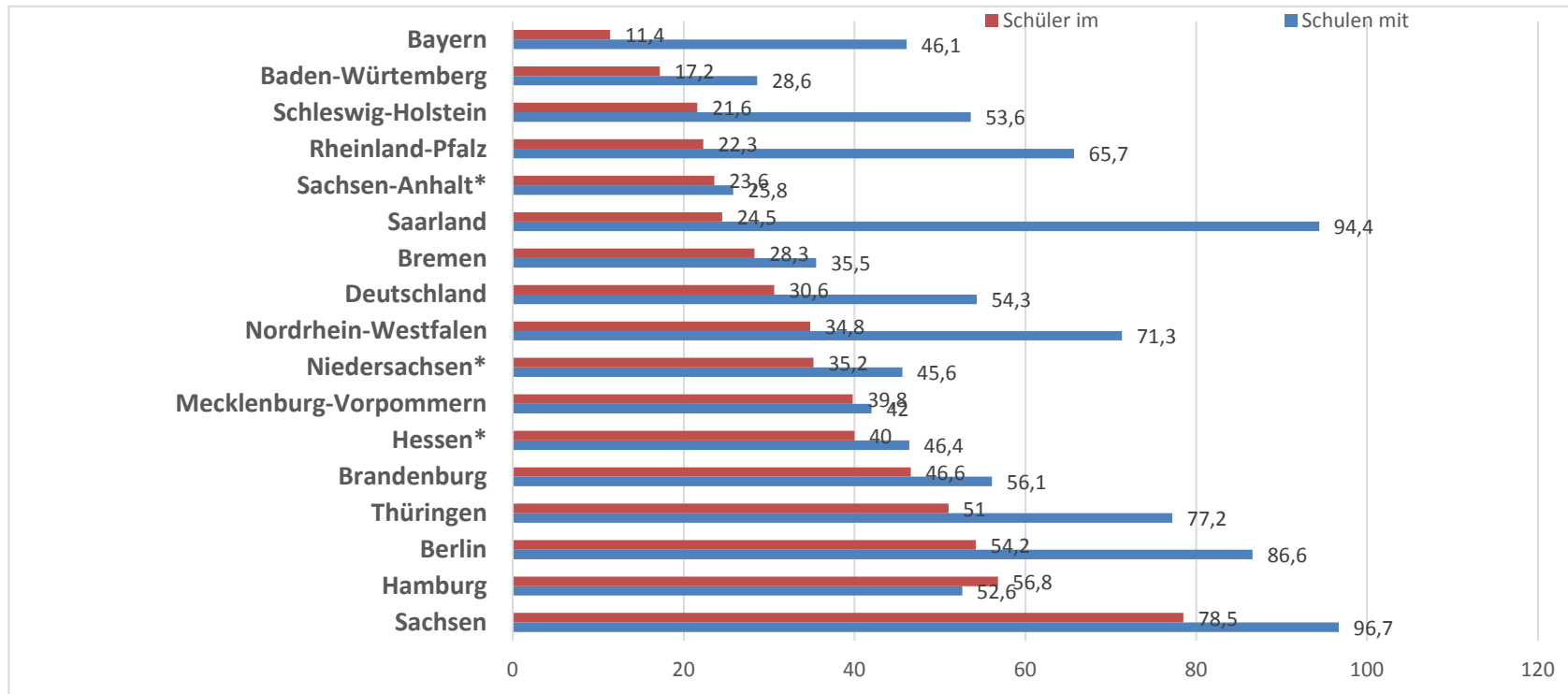
Folgende Tabelle zeigt den Inklusionsanteil im Ländervergleich in Prozent

	2008/09	2011/12
Niedersachsen	6,6	11,1
Hessen	11	17,3
Nordrhein-Westfalen	12,4	19,2
Sachsen-Anhalt	8,6	20,5
Bayern	16,1	22,4
Rheinland-Pfalz	16,9	23
Sachsen	16,4	23,7
Deutschland	18,4	25
Baden-Württemberg	25	27,7
Thüringen	16,9	27,8
Mecklenburg-Vorpommern	21,2	30,4
Hamburg	16,5	36,3
Saarland	31,2	39,1
Brandenburg	36,4	40
Berlin	38,8	47,3
Schleswig-Holstein	40,9	54,1
Bremen	39	55,5

Quelle: Bertelsmann-Stiftung, 2013

Der Ländervergleich zeigt, dass Bayern erheblichen Nachholbedarf bei der gemeinsamen Beschulung von Schülern mit und ohne Förderbedarf hat

Ganztagsbeschulung im Schuljahr 2011/12 im Ländervergleich



Quelle: Ganztagschulen in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse, Prof. K. Klemm, Bertelsmann-Stiftung, 2013

Der Grafik ist zu entnehmen, dass Bayern nach den aktuellsten Zahlen bei der Ganztagsbeschulung mit Abstand den letzten Platz in Deutschland einnimmt. Lediglich gut jeder 10. Schüler nimmt am Ganztagsunterricht teil. Hier muss Bayern erhebliche Anstrengungen unternehmen, um Schülern aller Schichten eine chancengerechtere Bildung und den Familien eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben zu ermöglichen.